PRESSEMITTEILUNG der AfD-Fraktion im Konstanzer Kreistag

CDU zeigt widersprüchliches Verhalten bei Seenotrettungs-Förderung – AfD-Wirkung erzwingt richtige Entscheidung

Konstanz, 17.11.2025

Im heutigen Sozialausschuss des Landkreises Konstanz wurde erneut über die umstrittene Förderung sogenannter ziviler Seenotrettungsorganisationen entschieden. Während die Fraktionen von Grünen und Linken die Wiedereinstellung der 10.000 Euro forderten, stimmten AfD, CDU und Freie Wähler geschlossen dagegen.

Dazu erklärt *Manuel Wentzel*, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

"Eines steht für mich fest: Wenn die AfD nicht im Kreistag säße und permanent Druck machen würde, wäre diese Abstimmung heute ganz anders ausgegangen. Die CDU hätte sich wieder ihrem links-grünen Mainstream angepasst und diese unsinnige Förderung durchgewunken. Die AfD-Wirkung ist es, die solche Fehlentscheidungen verhindert!

Die heutige Entscheidung offenbart den fundamentalen Widerspruch in der CDU-Politik. Noch in der Kreistagssitzung am 20. Oktober 2025 lehnte die CDU unseren Antrag ab, diese Mittel ab 2026 ersatzlos zu streichen. Jetzt, unter dem Druck der AfD und der eigenen Wählerschaft, musste sie notgedrungen auch den Antrag der Grünen und Linken ablehnen, um nicht völlig unglaubwürdig dazustehen.

Dies zeigt: Die CDU will im Kern das Gleiche wie wir - die Beendigung dieser fragwürdigen Unterstützung - traut sich aber nicht, dies offen zu sagen, wenn der Antrag von der AfD kommt. Das ist politische Feigheit pur!

Während die CDU zaudert und taktiert, vertritt die AfD seit jeher eine klare Linie: Kein Steuergeld für NGOs, die nachweislich mit Schleppern kooperieren und illegale Migration fördern. Die AfD-Wirkung zwingt die etablierten Parteien endlich, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn es ihnen sichtlich schwerfällt."

Hintergrund:
Bereits in der Kreistagssitzung am 20.10.2025 hatte die AfD beantragt, die Förderung für Seenotrettungs-NGOs einzustellen. Die CDU stimmte damals dagegen, musste nun aber aus innerer Konsequenz auch den Grünen/Linken-Antrag ablehnen, was ihre widersprüchliche Haltung offenbart.